

## Übernahme in der Warteschlange

**Sunrise/UPC** Die Eidgenössische Wettbewerbskommission (Weko) wird die geplante Übernahme des Kabelnetzbetreibers UPC Schweiz durch Sunrise einer genauen Überprüfung unterziehen. Ein Entscheid soll innert einer Frist von vier Monaten erfolgen, teilte die Weko gestern mit. In ihrer Mitteilung schreibt die Behörde, dass der Zusammenschluss gemäss ersten Abklärungen auf verschiedenen Märkten eine marktbeherrschende Stellung begründen oder verstärken könnte. Dabei nennt sie zum Beispiel den Bereich der Sportübertragungsrechte im Bezahlfernsehen. In anderen Sektoren bestünden ausserdem Anhaltspunkte für eine kollektive Marktbeherrschung zusammen mit Konkurrent Swisscom. Hier von betroffen könnten unter anderem die Endkundenmärkte für Breitbandinternet oder für Festnetztelefonie sein, hiess es.

Sunrise selbst gibt sich zuversichtlich. Man gehe von einer Zustimmung der Weko aus, hiess es. Denn die Übernahme von UPC führe zu einer Intensivierung des Wettbewerbs auf dem hiesigen Telekommunikationsmarkt. Man erwarte, dass die Transaktion noch im vierten Quartal 2019 vollzogen werde. (sda)

## Neuer Öl-Chef bei Glencore

**Baar** Der Baarer Rohstoffkonzern Glencore hat einer Mitteilung von gestern zufolge **Alex Sanna** zum neuen Chef des Ölgeschäfts ernannt. Der Italiener Sanna ersetzt damit den Briten **Alex Beard**, den langjährigen Leiter des Erdölgeschäfts, der per Ende Juni 2019 Glencore verlassen wird. Sanna ist seit 2006 beim Baarer Rohstoffhändler und Bergbaukonzern tätig. Den Bereich Erdölförderung wird neu **Peter Freyberg** verantworten, der im vergangenen Jahr zum Bergbau-Chef wurde.

Der Abgang Beards könnte laut NZZ mit den Untersuchungen des US-Justizministeriums im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen in Kongo-Kinshasa und vor allem Nigeria und Venezuela zusammenhängen. (lb)

## Andrea Willimann wird PR-Beraterin

**Medien** Die als Bundeshaus-Redaktorin der «Blick»-Gruppe tätige **Andrea Willimann** (46, Bild) wird per 1. September 2019 Partnerin bei Hirzel Neef Schmid Konsulenten, einem Unternehmen für Kommunikations- und Wirtschaftsberatung in der Schweiz. Willimann verfüge als ehemalige Geschäftsführerin, Chefredaktorin und Journalistin über vielfältige Erfahrungen in der Führung und Vermittlung von wirtschaftlichen und politischen Inhalten, heisst es in einer Mitteilung.

Andrea Willimann trug mehr als ein Jahrzehnt lang die unternehmerische und redaktionelle Führungsverantwortung bei der «Surseer Woche». Zuvor war sie auf der Inlandredaktion der «Neuen Luzerner Zeitung» tätig gewesen. (mim)



# China zückt die Rohstoff-Waffe

**Handel** Der Streit zwischen den beiden grössten Volkswirtschaften hat sich noch einmal verschärft. Als Reaktion auf die Ausweitung der US-Strafzölle will China nun die Ausfuhr von Rohstoffen beschränken.

**Felix Lee**

Wer in den USA eine neue Matratze kaufen möchte, erlebt in diesen Tagen einen Preisschock. Rund 200 Dollar kostete noch vor einer Woche eine Kaltschaummatratze, von denen die meisten in China hergestellt werden. Nun ist der Preis auf rund 3400 Dollar nach oben geschneit.

Der Grund: Das US-Handelsministerium hat vergangenen Mittwoch Strafzölle von bis zu 1731,75 Prozent auf chinesische Matratzen erhoben. Und auch Bier dürfte deutlich teurer werden. Denn parallel zu den Matratzen hat das Handelsministerium zudem Stahl-Bierfässer mit einem Strafzoll von bis zu 79,71 Prozent belegt. Beide Produkte seien von chinesischen Anbietern zu Dumping-Preisen angeboten worden, lautet die Begründung.

Und auch das ist nur ein vorläufiger Höhepunkt im seit nunmehr anderthalb Jahre andauernden Streit zwischen den beiden grössten Volkswirtschaften der Welt. Zu den bereits erhobenen Strafzöllen auf fast die Hälfte aller chinesischen Importe in die USA droht US-Präsident Donald Trump mit einer Ausweitung der Zölle auf sämtliche Einfuhren aus der Volksrepublik. Das entspricht einem Warenwert von über einer halben Billion Dollar.

### Zunächst keine Verhandlungen mehr

Die chinesische Führung, die bis vor zwei Wochen noch fest mit einer Einigung gerechnet hatte, hat bereits zum Gegenschlag ausgeholt. Sie hat per 1. Juni Sonderabgaben in Höhe von bis zu 25 Prozent auf Waren aus den USA im Wert von insgesamt 60 Milliarden Dollar erhoben.

Das Problem: China importiert bei weitem nicht so viel aus den USA wie umgekehrt. 2018 führten die Chinesen Waren aus den USA im Wert von gerade einmal rund 120 Milliarden Dollar ein. Diese extrem ungleiche Handelsbilanz ist Teil des Konfliktes. Den USA geht es zugleich auch darum, Chinas Aufstieg zum weltweiten Technologieführer zu stoppen und fordert von der Führung in Peking, auch ihre Subventionspolitik im Hochtechnologie-sektor zu stoppen.

Offiziell war die chinesische Führung darum bemüht, auf Trumps Attacken nicht allzu aggressiv zu kontern. «China will keinen Handelskrieg», heisst es



Blick in eine chinesische Mine, in der Seltene Erden abgebaut werden.

Bild: Reuters (16. Juli 2011)

in einem Positionspapier des chinesischen Staatsrats. Das Land sei weiter geschäftsbereit. In den Staatsmedien verschärft sich der Ton in Peking nun aber: Die USA wandle sich von einem «Gründer zu einem Saboteur der globalen Ordnung», heisst es im Leitartikel des KP-Organs «Global Times». Ein Kommentator der etwas moderateren «China Daily» schreibt von «Unterdrückung der Entwicklung Chinas». Darauf könne und dürfe Peking sich nicht einlassen.

Inzwischen geht die Führung in Peking von einem lange andauernden Konflikt aus, weitere Verhandlungen sind zunächst einmal nicht mehr angesetzt. Vergangene Woche gab der Staatsrat ein sogenanntes «Weissbuch» bekannt, in dem «unzuverlässige» ausländische Firmen aufgelistet werden, die «den Interessen chinesischer Unternehmen schaden». Den US-Paketdienst Fedex hat es bereits getroffen. Chinas Behörden ermitteln gegen das Unternehmen, das mehrere Pakete des chinesischen Telekom-Riesen Huawei in die USA umgeleitet hatte. Fedex sprach von einem Versehen und

entschuldigte sich. Trump wiederum hatte den Handelskrieg in den vergangenen Wochen verschärft, indem er Huawei aus Sicherheitsgründen auf eine «schwarze Liste» gesetzt hatte. Geschäfte mit dem chinesischen Technologie-Riesen, der derzeit weltweit dabei ist, die Mobilfunknetze 5G-tauglich zu machen, müssen seitdem gesondert von der US-Regierung genehmigt werden. Trump wirft Huawei vor, im Auftrag der chinesischen Regierung Spionage zu betreiben. Beweise für diese Vorwürfe hat die US-Regierung, zumindest öffentlich, bislang keine geliefert.

### Preise für Seltene Erden könnten explodieren

Trumps Dekret zeigte umgehend Wirkung. Nicht nur Chiplieferanten wie Qualcomm oder Intel haben ihre Zusammenarbeit mit dem chinesischen Tech-Riesen gestoppt. Auch Google kündigte an, Huawei das Betriebssystem Android und andere Google-Angebote bis auf weiteres nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Zwar ist Huawei darum bemüht, möglichst rasch ein eigenes Betriebssystem

für seine Geräte zu entwickeln. Doch ob die Zeit ausreichen wird? Vodafone in Grossbritannien und Amazon Japan haben Huawei-Geräte bereits aus dem Handel genommen. Und in gewissen Ländern fallen die Preise für Huawei-Smartphones bereits.

In Peking baut die kommunistische Führung derweil eine weitere Drohkulisse auf. Sie erwägt offenbar die Ausfuhr Seltener Erden in die USA zu beschränken. Diese heiss begehrten Rohstoffe sind zentral für die Fertigung so ziemlich sämtlicher moderner Elektronikgeräte wie Smartphones, aber auch E-Autos. Eigentlich wollten die USA sich schon vor Jahren unabhängiger machen von China. Weil der Abbau dieser speziellen Metalle sehr arbeitsintensiv ist und massiv zur Umweltverschmutzung beiträgt, beziehen die meisten Länder aber auch weiter den Grossteil aus China, wo die Bestimmungen oft sehr viel laxer gehandhabt werden, allein die USA rund 80 Prozent ihres Bedarfs. Diese Abhängigkeit könnte sich nun für die USA rächen, aber auch für den Rest der Welt. Denn beziehen die USA ihre Sel-

tenen Erden nicht mehr aus China, werden sie auf die Bestände anderer Länder zurückgreifen. Die Preise für Seltene Erden drohen weltweit zu explodieren.

### China hat amerikanische Staatsanleihen abgestossen

Und noch eine weitere Drohung steht im Raum: Theoretisch könnte China seinen gewaltigen Bestand an Währungsreserven als Waffe im Handelskrieg einsetzen. Auf gigantische drei Billionen Dollar beläuft sich dieser Devisenschatz. Der liquide Teil von derzeit rund 1,12 Billionen Dollar steckt in US-Staatsanleihen. China ist damit der mit Abstand grösste ausländische Gläubiger der US-Regierung.

China hat in den letzten Monaten bereits so viele US-Staatsanleihen abgestossen wie seit zwei Jahren nicht. Das sollte eigentlich die Zinskosten für die US-Regierung in die Höhe treiben – passierte aber nicht. Washington hat auch weiter ausreichend Abnehmer für seine Schuldpapiere gefunden. Das ist das Privileg, die Stellung als Leitwährung zu halten. China hingegen stehen harte Zeiten bevor.

## Lonza baut um und ab

**Basel** Neuer Chef streicht 130 Jobs und nimmt Auslagerung einer ganzen Konzerndivision in Angriff. Damit vollzieht er eine strategische Kehrtwende.

Fünf Monate nach seiner Beförderung nimmt der neue Lonza-Chef Marc Funk tiefgreifende Massnahmen in Angriff. In der Geschäftssparte, die für die Herstellung chemischer Zusatzstoffe («Special Ingredients») zuständig ist, kommt es voraussichtlich zu einem Abbau von 130 Jobs, davon 50 in der Schweiz und 35 in den USA. Der Einschnitt diene der Effizienzsteigerung, schreibt das Basler Unternehmen. Zudem soll

die Sparte organisatorisch selbstständig werden. In Investorenkreisen wird der Schritt als Vorstufe zu einem Verkauf gesehen.

Die Division trug 2018 mit einem Umsatz von 2,4 Milliarden Franken 43 Prozent zu den Gesamtverkäufen der Firma bei. Der Betriebsgewinn erreichte mit 421 Millionen Franken einen leicht unterproportionalen Anteil am Konzernergebnis. Den Investoren scheint die Aussicht auf

eine Konzentration des Geschäfts auf die margenstärkere Biotech- und Pharmadivision zu gefallen. Die Lonza-Aktien legten gestern über 3 Prozent auf gegen 320 Franken zu.

### Vorgänger hatte auf engere Verzahnung hingearbeitet

Funks Vorgänger Richard Ridinger hatte auf eine engere Verzahnung der Divisionen hingearbeitet, um Synergien zu nützen und

die einzelnen Produktionsstandorte, darunter Visp mit rund 2500 Mitarbeitern, zu stärken. Ridinger stellte Lonza als Gruppe unter das Motto «closer than you think», was die technologische Nähe der unterschiedlichen Geschäftsbereiche beschreiben sollte. Was die Kehrtwende für die Angestellten bedeutet, ist vorerst offen. Die Special-Ingredients-Division beschäftigt 800 Mitarbeiter in der Schweiz. Von diesen sind 700 in

Visp und 100 in Basel tätig. Der Strategieänderung und dem Chefwechsel war 2018 ein Wechsel im Verwaltungsratspräsidium vorausgegangen. Der Basler Rolf Soiron übergab an den Waadtländer Geberit-Präsidenten Albert Baehny. Dieser ernannte im Januar den Westschweizer Marc Funk zum CEO, der zuvor die Sparte Pharma und Biotech geleitet hatte.

**Daniel Zulauf**